

Mittel der Staaten, um sich gegen andere Staaten durchzusetzen. In dieser Konkurrenz um Über- und Unterordnung, die für den Erfolg der eigenen Unternehmen geführt wird, ist der Erfolg der eigenen Wirtschaft das entscheidende Machtmittel. Nicht umsonst ist Deutschland als die Wirtschaftsmacht in Europa auch die Führungsmacht.

Umweltschutz –

was kostet der Abfall?

Dass die Umwelt bei diesem volkswirtschaftlichen Programm vor die Hunde geht, wird dabei durchaus wahrgenommen. Mehr Leute, die sterben oder Landstriche, die nicht mehr ohne weiteres benutzt werden können, werden hochgerechnet in Kosten für die Volkswirtschaft. Wo die Unternehmen die Menschen und die Umwelt eher als Umsonstladen benutzen, sorgt sich der Staat darum, dass beides auch morgen noch für ihn und die Wirtschaft zur Verfügung steht – deshalb macht er Sozial- und Umweltpolitik.

Dabei hat der Staat ein Problem: Das kostet Geld, ist „eine Belastung für die Wirtschaft“ und verhindert manches profitable Geschäft (z.B. Fracking). Dem Staat stellt sich deshalb immer die Frage, ob das wirklich sein muss. Im Ergebnis wird dann umwelttechnisch manchmal einfach gar nichts gemacht, und stattdessen in öffentlichen Reden die Schäden geleugnet oder kleingeredet. Wenn dann doch was gemacht wird, dann zumeist so: Den Unternehmen wird möglichst viel Zeit gelassen, sich möglichst günstig entsprechend der neuen Vorgaben umzustellen. Im Laufe der Zeit werden dann mal Grenzwerte festgelegt, mal bekommen

Verschmutzungen einen Preis – Emissionshandel oder CO₂-Steuer.

Klimapolitik –

was kostet die Welt?

Wenn die Regierungen der Welt zusammen kommen, um gegen den Klimawandel etwas zu unternehmen, dann sind sie sich in der Regel uneinig. Erstens ganz fundamental darin, wie dringend gehandelt werden muss, denn bis zu welcher Grenze die Erwärmung der Erde noch zu akzeptieren ist, stellt sich für Staaten höchst unterschiedlich dar. Für viele kleine Inselstaaten sind schon 1,5 Grad globale Erwärmung zu viel. Für Länder wie Russland geht selbst eine Erwärmung um 2 Grad sogar mit allerlei erhofften Vorteilen einher. Staaten sind sehr unterschiedlich von den Folgen des Klimawandels betroffen.[2]

Zweitens verfolgen sie unterschiedliche Klimaschutzstrategien, die sich oft genug widersprechen und wechselseitig behindern. Denn Staaten verfolgen bestimmte Klimaschutzmaßnahmen sehr gerne und andere wiederum überhaupt nicht – je nach Vorteil für die nationale Wirtschaft. So ist für die meisten Industriestaaten die Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferländern schon länger eine ärgerliche Nebenwirkung ihrer Energiepolitik. Die Erzeugung von Energie jenseits von Verbrennung von Öl und Gas ist deshalb für diese Staaten interessant – und zwar erstmal völlig unabhängig von der Klimapolitik. Zur unabhängigen Energieversorgung der nationalen Wirtschaft setzen deshalb manche Staaten auf die Förderung von erneuerbaren Energien. Je unabhängiger man sich von anderen Energielieferanten macht, desto besser kann man gute Öl- und Gaspreise bei den Lieferländern aushandeln.

Wenn dann in diesem Sinne eine neue Industrie aufgebaut wird, ist sofort der wirtschaftspolitische Gedanke da, daraus einen Exportschlager zu machen, wie es mit der Solarenergie in Deutschland bis 2012 versucht wurde. Als Chinas Solarproduktion sich dann doch als konkurrenzfähiger erwiesen hat und von der deutschen Energiesubven-



tion profitierte, wurde die Förderung umgehend wieder eingestellt. Öl- und Gasstaaten und die Transitländer der Rohstoffe finden hingegen die neue Energiepolitik der Industriestaaten naturgemäß nicht gut. Andere Staaten sehen wiederum eine Chance, durch die Bereitstellung großer Flächen für Biomasse und Solarfelder wenigstens ein bisschen Miete von den kapitalistischen Großmächten bzw. von deren Unternehmerschaft abzugreifen.

Gibt es in einer Wirtschaft entscheidende Schlüsselindustrien – wie in Deutschland die Autoindustrie – sorgt das für Widerstand gegen Maßnahmen, die diese Industrie gefährden. Daher trat die deutsche Regierung, egal ob CDU/SPD, CDU/ FDP oder SPD/Grüne, immer wieder auf die Bremse, wenn Frankreich hier ein paar weitergehende Klimaschutzmaßnahmen vorschlug. Anders verhält es sich, wenn der deutschen Autoindustrie ihr Spitzenplatz streitig gemacht werden soll, zum Beispiel wenn China die Klimafrage nutzt, um mit nationalen E-Auto-Vorgaben endlich selbst einen Weltautokonzern auf die Beine zu stellen. Da will sich VW nicht abhängen lassen - zu aussichtsreich sind die Absatzchancen in China und darüber hinaus. Das leuchtet auch der Bundesregierung ein, die das Unterfangen unterstützt, bspw. indem sie den Ausbau von Ladestationen beschleunigt.

Fazit – Mit Klimapolitik in die Klimakrise?

So ging und geht die Klimapolitik voran. Maßnahmen, die Kosten Nachteile für die eigene Volkswirtschaft bringen, werden schlichtweg vermieden. Maßnahmen, die die eigene Volkswirtschaft voranbringen, zum Beispiel wenn sie Absatzmärkte

